20 Jahre AKK in Druck und Film

Gründung und Geschichte des AUF (1)

Die Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn-West, das AKW Biblis, die Raketen-Stationierung und Arbeitszeitverkürzung haben auch in AKK das politische Klima verändert. Die Unzufriedenheit mit den „etablierten" Parteien SPD, CDU und FDP mündet auch in AKK bei einigen Mitbürger/innen im außerparlamentarischen Engagement.
Seit 1981 ist die Bürgerinitiative für AKK (BI) tätig, die sich besonders für die Umwelt und soziale Belange einsetzt, z.B. gegen den Bau eines Yachthafens am Rheinufer im Bereich „An der Helling" und für den Erhalt des von Schließung bedrohten Maarauebades.
Im Frühjahr 1982 gründet sich die Friedensinitiative (FI) AKK als Teil der Friedensbewegung gegen atomare Erstschlagswaffen. Mehr als 10 Jahre bleibt die „FI AKK" ein aktiver Faktor – nicht nur bei den Friedensfesten zum 1. September und Podiumsdiskussionen aus Anlass von Kriegen.
Im DGB Ortskartell AKK werden die Arbeitsbedingungen der Menschen in AKK und der gesamten Bundesrepublik zum Thema, werden Aktionen beschlossen.
Aus all diesen Bewegungen vor Ort finden in der zweiten Jahreshälfte 1984 bis zum Frühjahr 1985 Menschen zusammen, um den Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK zu gründen und zu den Ortsbeiratswahlen 1985 (zunächst in Kastel) als Alternative zu SPD, CDU und FDP anzutreten. Überwiegend Parteilose sowie Mitglieder von DKP und GRÜNEN, die auf eigene Kandidaturen verzichten, heben AUF AKK aus der Taufe.

nr. 1/85

auf im Ortsbeirat Kastel

aufschrei

Zeitung für Amöneburg · Kastel · Kostheim

ARBEITSKREIS UMWELT u. FRIEDEN · AKK

Umweltverschmutzung macht auch vor AKK nicht halt

Am 19.9.85 überreichte die Fraktion AUF dem neuen Umweltdezernenten der Stadt Wiesbaden, abladeplatz geworden. Genauso wie hinter dem Kostheimer Friedhof und entlang der Bahn- gung von Gewässern durch lagerndes Holz im Floßhafen, welches zu einer Absonderung von

AUF stellt sich zur Wahl!

Der „Arbeitskreis Umwelt und Frieden" kandidiert in Kastel zur Ortsbeiratswahl am 10. März 1985

Wahlveranstaltung
am Mittwoch, den 27. Februar 1985
um 20.00 Uhr
im Bürgerhaus Kastel

WIR sind eine Gruppe, die zum Teil aus ehemaligen Mitgliedern der Bürgerinitiative für Amöneburg, Kostheim und Kastel (BI-AKK), die sich seit 1981 für die Belange der Bewohner dieser Ortsteile eingesetzt hat, besteht. Weitere Mitglieder sind aktiv in der lokalen Friedensinitiatve (FI-AKK), den Gewerkschaften, bei den Grünen, der DKP und anderen gesellschaftspolitischen Organisationen und Initiativen.

WARUM brauchen wir eine Alternative zu den eta-

WAS sind für uns die wichtigsten lokalen Probleme, die wir angehen wollen?
– Die Umweltverschmutzung;
– die Arbeitslosigkeit;
– die Gefährdung durch militärische Anlagen;
– die kommende Zugehörigkeit AKK's;
– kommunale Verkehrs- und Strukturplanung/ Freizeitbereich.

Wir werden Sie in der nächsten Zeit über unsere Vorstellungen zu den einzelnen Punkten ausführlich informieren und wollen an dieser Stelle auf das

Ein Arbeitsamt vor Ort gefordert

Kasteler „AUF" stellte Bürgern Programm vor / Wenige kamen

n.a. KASTEL. - Als Alternative zu den bisher vertretenen Parteien im Kasteler Ortsbeirat präsentierte sich der Kasteler „Arbeitskreis Umwelt und Frieden" in einer Kommunalwahlkampfveranstaltung im Kasteler Bürgerhaus. Nur geringes Interesse fand die Veranstaltung des Ende 1984 gegründeten Arbeitskreises, der im „Kleinen Saal" des Kasteler Bürgerhauses seine politischen Ziele vorstellte und erläuterte.

Ein Schwerpunkt der Forderungen des Kasteler „AUF" betrifft den Umweltschutz. Für genauere Messungen tritt die neue Vereinigung ein, um schnellstmöglich und umfassend über die Belastung durch Schadstoffe und Lärm informieren zu können und Konsequenzen zu fordern. Besonders bei der Ansiedlung neuer Betriebe erwartet der „AUF", mehr über die damit verbundenen Umweltbelastungen nachzudenken. Chancen für die Zukunft und eventuelle Belastung der Umwelt sind die zwei Punkte, die bei der Ansiedelung neuer Betriebe zu berücksichtigen seien.

Unmißverständlich stellten die Vertreter des Kasteler „AUF" dar, wie schwierig es auf dem Arbeitsmarkt zur Zeit im Raum AKK aussieht. Nach Ansicht der neuen Vereinigung sollte der Staat seine Verantwortung im Bereich der Arbeitsplatzbeschaffung und Bereitstellung von Ausbildungsplätzen neu erkennen und wahrnehmen. Hier sind nach Meinung des „AUF" noch längst nicht alle Möglichkeiten genutzt worden. Zu schnell würden Post- und Bahnstationen geschlossen. Beispiele hätten aber bewiesen, daß entsprechender Widerstand der Bürger vor solch einer Schließung Arbeitsplätze auch langfristig erhalten könne. Hier wollen die Sprecher des „AUF" ansetzen und durch gezieltere Informationsweitergabe Bürgern die Möglichkeit zum Ein- und Widerspruch geben.

Für Arbeitslose wird nach Ansicht des „AUF" in AKK zuwenig getan. Er fordert daher die Einrichtung von Treffs für Arbeitslose, insbesondere jugendliche Arbeitslose. Die alte Ziegelei in Mainz-Bretzenheim halten die Vertreter des „AUF" für ein gelungenes Beispiel. Darüber hinaus ist es nach Ansicht des Arbeitskreises für Arbeitslose in AKK unzumutbar, regelmäßig den Weg nach Wiesbaden zum Arbeitsamt zu gehen. Eine Außenstelle für Arbeitslosenberatung und die Vermittlung von Stellenangeboten wird deshalb gefordert.

Auch klare Positionen zu Fragen des Militärs wurden an diesem Abend formuliert. Danach solle der Raum AKK zur atomwaffenfreien Zone erklärt und sichergestellt werden, daß hier keinerlei chemische oder atomare Waffen gelagert werden. Darüber hinaus fordert die „AUF" die Entmilitarisierung Kastels und die zivile Nutzung des freiwerdenden Areals. Dies könne aber nur, so ein Sprecher des „AUF", durch den Druck der Öffentlichkeit und nicht durch permanentes Wiederholen von Anträgen erreicht werden. Immer wieder suchten die Vertreter des „Arbeitskreises Umwelt und Frieden" klarzustellen, daß sie sich nicht als Politiker beziehungsweise als Partei verstehen. Zu sehr erscheint ihnen die Politik, auch die Kommunalpolitik, mit Interessen verquickt, die am Bürger vorbeigehen. Der „AUF" setzt vielmehr darauf, den Bürger zu informieren und an der Entscheidungsfindung über die Wahl hinaus zu beteiligen. Er fordert „entschiedenes Engagement vor Ort".

„AUF", der Arbeitskreis für Umwelt und Frieden, der bei der Kommunalwahl in Kastel Kandidiert, stellte sein Programm der Öffentlichkeit vor. *Bild: Uwe Stotz*

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

Gründung und Geschichte des AUF (2)

Die Fraktion AUF informiert

Sehr ermutigend findet der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK sein Abschneiden bei der Wahl zu den drei AKK-Ortsbeiräten. Bei seiner erstmaligen Kandidatur erreichte das Personenbündnis von Parteilosen und Mitgliedern der DKP und der Grünen in Amöneburg auf Anhieb 7,4 %, in Kostheim auf Anhieb 11,6 %. In Kastel konnte die Liste AUF ihren Wähleranteil von 8,4 auf 12,6 % steigern. In ersten Presseberichten waren zum Teil falsche Stimmenergebnisse veröffentlicht worden.

Das Wahlergebnis für die AUF, das in allen drei AKK-Stadtteilen noch über dem sehr guten Grünen Landtagswahl-Ergebnis liegt, wird als Bestätigung für die gemeinsame, an der Sache orientierte Arbeit der AUF-Mitglieder verstanden, zu denen Menschen unterschiedlicher sozialer und politischer Herkunft zählen. In Kostheim werden nun Regina Koch (Grüne) und Volker Mustin (parteilos) die AUF im Ortsbeirat vertreten, in Kastel Hartmut Bohrer (DKP). Nur wenige Stimmen fehlten dem AUF-Kandidaten Friedel Große-Heitmeyer für einen Sitz im Amöneburger Ortsbeirat, bzw. Toni Weiler in Kastel zum zweiten Sitz für die AUF.

Eine der wichtigsten Aufgaben dürfte in den nächsten Wochen die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Forderungen im AKK-Haushalt 90/91 sein, wie Einbau einer Solaranlage für das Maarauebad, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Einrichtungen zur ganztägigen Kinder- und Schülerbetreuung, bauliche Investitionen für Schulen u. a. neben den ohnehin vorgesehenen Maßnahmen wie z. B. dem sozialen Wohnungsbau und der neuen AKK-Ortsverwaltung.

Stimmzettel

für die Ortsbeiratswahl im Ortsbezirk
Mainz-KOSTHEIM
am 7. März 1993

	Nur einen Wahlvorschlag ankreuzen! Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge macht den Stimmzettel **ungültig!**		Der Stimmzettel ist in dieser Spalte anzukreuzen ✕
1	**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** Franz Henz Jürgen Kreitmann Dieter Stillger Christel Sans-Gruber Sigrid Brauckmann	SPD	○
2	**Christlich Demokratische Union Deutschlands** Marietta Berlau Holm Collofong Klaus Berlau Ingrid Reichert Brigitta Trutzel	CDU	○
4	**Freie Demokratische Partei** Annegret Kracht Robert Kirchner-Neß Hilde Fritz Günter Kracht Toni Oesterreich	F.D.P.	○
6	**Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK** Regina Koch Volker Mustin Ingrid Pohl Herbert Olbrich Joachim Braun	AUF AKK	○

Arbeitskreis Umwelt und Frieden - AKK

Ausgabe 1/Kostheim, 17. 2. 89

auf

Wir kandidieren für den Ortsbeirat KOSTHEIM!

Die AUF arbeitet bereits seit vier Jahren erfolgreich im Kasteler Ortsbeirat. Sie hat viele Themen aufgegriffen, die auch uns Kostheimer betreffen:

* Flughafen Erbenheim
* Ausbau des FrankfurterFlughafens
* AFEX-Gelände - Belastung der Umwelt und Bedrohung durch das Militär
* Solaranlage für das Maarau-Bad

Weitere **Umweltthemen** wie
* Rheinverschmutzung durch Chemiefirmen
* Zustand der Bäche in AKK
* Komposttonnen für die Haushalte

Soziale Fragen wie
* Jugendzentrum Reduit
* Kindertagesstätten

Ortsvorsteher Henz einstimmig wiedergewählt

Stellvertreter Holm Collofong mußte für Wahlkampf der CDU „büßen" / AUF wünschte Frau als „Vize"

c.b. KOSTHEIM — Der Kostheimer Ortsbeirat bleibt seinem Prinzip der Harmonie treu. Auf der konstituierenden Sitzung wurde Ortsvorsteher Franz Henz einstimmig in seinem Amt bestätigt. Sein Stellvertreter bleibt der CDU-Vertreter Holm Collofong. Erstmals im Kostheimer Parlament vertreten ist die AUF mit Regina Koch und Volker Mustin. Neu im Ortsbeirat sind auch die beiden SPD-Frauen, Sigrid Brauckmann und Christel Sans-Gruber, die die Frauenquote mit sieben von 15 Mandaten rekordverdächtig auf fast 50 Prozent ansteigen ließen.

Getrübt wurde die Kostheimer Harmonie durch Mißtöne bei der Wahl des stellvertretenden Ortsvorstehers. SPD-Fraktionssprecher Jürgen Kreitmann betonte, daß es den Sozialdemokraten vor dem Hintergrund des ausländerfeindlichen Wahlkampfes nicht leicht gefallen sei, einem CDU-Kandidaten zuzustimmen. Ausschlaggebend sei jedoch die persönliche Integrität von Holm Collofong. Die beiden AUF-Vertreter nahmen nicht nur Anstoß an der Parteizugehörigkeit, sondern auch am Geschlecht des Stellvertreter-Kandidaten. In ihren Augen müsse eine Frau das Amt übernehmen. Da sich weder FDP-Vertreterin Annegret Kracht — sie zieht ins Stadtparlament ein — noch Christel Sans-Gruber bereiterklärten, zu kandidieren, wurde Holm Collofong bei zwei Gegenstimmen der AUF gewählt.

Noch-Stadtrat Norbert Trutzel (CDU) verwahrte sich gegen den Vorwurf der Ausländerfeindlichkeit: „Wir haben in unserer Arbeit noch nie einen Unterschied zwischen Einheimischen, Zugereisten oder gar Ausländern gemacht." Zu Schriftführern wurden Dieter Stillger (SPD), Regina Koch (AUF/Stellvertreterin) und Roderich Volk (weiterer Schriftführer) gewählt.

Franz Henz (rechts) und Holm Collofong wurden wieder zum Ortsvorsteher beziehungsweise Stellvertreter in Kostheim gewählt. Bild: Stotz

Druck und Film

20 Jahre AKK in

Gründung und Geschichte des AUF (3)

Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK

Protokoll
der Gründungssitzung des Vereines
"Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK - (AUF AKK)"

1. Die Gründungssitzung fand statt in Kostheim am 22. Juni 1990 von 21 Uhr bis 21 Uhr 54. An ihr nahm eine zur Vereinsgründung ausreichende Zahl von Personen teil.

EXTRA-Ausgabe

**Informationen des
Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK für Kastel**

Bilanz kann sich sehen lassen

4 Jahre AUF in Kastel: 4 Jahre und einige Erfolge ...

**In Wahlzeiten wird viel versprochen – nachher sieht es oft anders aus.
Weitaus aussagekräftiger als Absichtserklärungen sind deshalb die Realitäten: Erfolge des Ortsbeirates Mainz-Kastel und insbesondere der AUF-Fraktion waren vor allem möglich, wo sich Bürgerinnen und Bürger – oft mit „langem Atem" und mit Unterstützung der (AUF-)„Abgeordneten" – engagierten. Die größten Erfolge der abgelaufenen Amtszeit wollen wir Revue passieren lassen, auch um zu zeigen: Das Engagement hat sich gelohnt!**

Vier weitere Jahre konnte die **Rettungswache AKK erhalten** werden. Obwohl die Stadt Wiesbaden im Dezember 1993 die Schließung längst beschlossen hatte, konnten Dr. Gottfried Schmidt (Fraktionssprecher der AUF im Ortsbeirat) und 2 weitere Bürger – stellvertretend – durch ein Gerichtsurteil die Schließung seinerzeit „einstweilen" verhindern. Bis zur dauerhaften Absicherung wird aber auch in Zukunft hohe Wachsamkeit notwendig bleiben.

Hartmut Bohrer, Ortsvorsteher von 1997 bis 2001

Nach jahrelangem Bangen um den **Tierpark** Kastel und um die Entwicklung des **„Biotop Petersberg"** mit Cyperus-Anlage und geschützten Naturdenkmalen konnte endlich erreicht werden, dass eine von Fachleuten erarbeitete Konzeption Unterstützung durch den Magistrat fand und nennenswerte finanzielle Mittel bereitgestellt wurden. Dieser für Kastel wichtige Landschaftsteil hat damit eine Zukunft. Ein Engagement von Bürgerinnen und Bürgern dort macht Sinn und ist sehr wünschenswert, um die rührigen Vereinsmitglieder von Tierpark und Cyperus zu unterstützen.
Eine außerordentlich positive Bilanz ist im **schulischen Bereich** zu verzeichnen: Die Notwendigkeit einer eigenen Grundschule für das Neubaugebiet **Krautgärten** wurde im Frühjahr 1994 noch geleugnet. Erst als Fehlberechnungen seitens der Stadt aufgedeckt und nach massivem Drängen unserer Fraktion und der Ortsbeiratsmehrheit wurden die Planungen für einen Neubau eingeleitet. Dass im Sommer 1999 die neue Grundschule dann „dreizügig" ihren Betrieb aufnahm, ist ein riesiger Erfolg, auch wenn vor allem die benötigte Turnhalle noch „nachgeliefert" werden muss und es bei vier Parallelklassen pro Jahrgang ganz schön eng werden kann.
Als erste Schule im Stadtgebiet konnte die **Sanierung der Wilhelm-Leuschner-Schule (WLS)** hinsicht-

**Informationen des
Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK für Amöneburg**

zum 2. März 1997

AUF Kastel seit 1985, AUF Kostheim seit 1989

AUF Amöneburg ab 1997:

Sprachrohr kritischer Bürgerund Bürgerinnen – frischer Wind in den Ortsbeiräten! In allen drei Ortsteilen von AKK: AUF = Liste 5!

**Informationen des
Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK für Kastel**

März 1993 – Nr. 4

Bei der Wahl zum Ortsbeirat Mainz-Kastel am 7. März 1993 konnte der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) seinen Stimmenanteil von 1989 (12,6 %) erheblich erhöhen:

24,8 % der Stimmen für AUF AKK in Kastel

Die von uns in dieser Höhe nicht erwartete Zunahme an Stimmen ist ein hoher Vertrauensbeweis der WählerInnen und Wähler, den wir auch in Zukunft rechtfertigen wollen. allem aber eine größere Möglichkeit, die zahlreichen Probleme und Aufgaben in Kastel gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu bearbeiten.

20 Jahre AKK in Druck und Film

Kinder- und Jugendzentrum AKK – Reduit

Schon im ersten Jahr der AUF-Präsenz im Ortsbeirat Kastel gab es Auseinandersetzungen mit großen Folgen: SPD und AUF sorgten für die Errichtung eines Jugendzentrums in der Reduit, das seinen Namen verdient und bis heute unschätzbar wertvolle Arbeit leistet. Die AUF-Ein-Mann-Fraktion deckte dabei auf, dass der Kostheimer „Finanzexperte" der CDU mit völlig überhöhten Folgekosten argumentierte. Mit einem „Ergänzungsantrag" der AUF wurde in den Haushaltsberatungen das Personal für das künftige Jugendzentrum aufgestockt. In Wiesbaden schließlich fand das mehrheitliche AKK-Votum dann breite Zustimmung. Die erfolgreiche Arbeit des Jugendzentrums hat schließlich die Kritiker recht schnell ihre Meinung ändern lassen.

AKK-Bürger für den Ausbau des Jugendzentrums Reduit!

Wir begrüßen das Engagement von SPD und AUF in den AKK-Ortsbeiräten, die Räume des Nordflügels der Reduit als Jugendzentrum auszubauen.

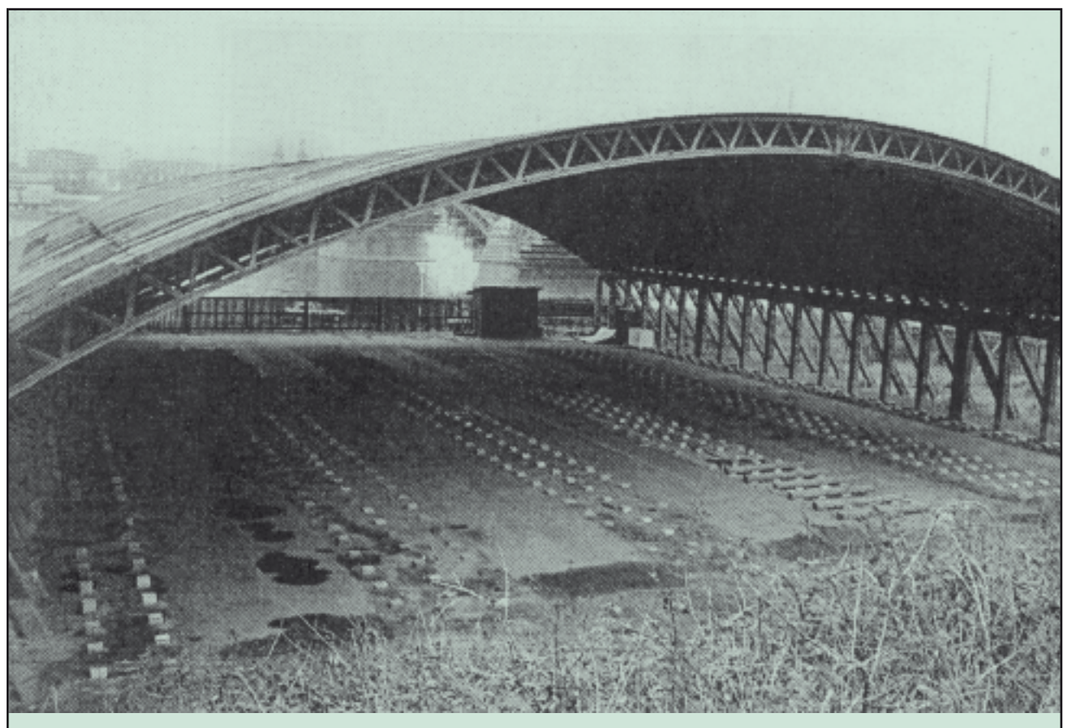
Wir stellen fest:

- unsere Jugendlichen haben ein Anrecht auf ein richtiges Jugendzentrum; das derzeitige Provisorium ist eine Zumutung!
- Das Geld für den Ausbau in geplanter Höhe ist vorhanden!
- Gespräche mit Jugendlichen an der Wilhelm-Leuschner-Schule haben gezeigt, daß ein Interesse an einem richtigen Jugendzentrum und einer sinnvollen Nutzung bei den Jugendlichen vorhanden ist!

Wir fordern deshalb:

- Ausbau des Jugendzentrums Reduit mit Beginn des Haushaltsjahres 1986!
- Die beschlossene zusätzliche Planstelle für eine Sozialarbeiterin oder einen Sozialarbeiter ist unverzüglich zu besetzen.

R. Algie, Am Königsfloß; Eve Antonietti, Dipl.-Pädagogin/Evangel. Jugend; Paul Back, Installations-Meister; Hans Barth, Am Königsfloß, Siegrid Beck, A.-Scheer-Str.; Thomas Becker, Zehnthofstr.; A. Biermann, Neustr.; M. Blies, Alsenstr.; Hartmut Bohrer, Lehrer/Ortsbeiratsmitglied AUF; Bettina Bopp, Flörsheimer Str.; Christof Braun, Am Pionierübungsplatz; Kathy Braun, Am Pionierübungsplatz; Ike Büscher, WLS; Lisa Büscher, WLS; Norbert Christ, Kloberstr.; Bernd Dörflinger, Kloberstr.; Sabine Eggeling, WLS; Caroline Elfers, WLS; Thomas Feix, Marie-Juchacz-Str.; Gerd Franz, Lehrer WLS; Annegret Gasteyer, Schleiergewannweg; Heide Geller, Hauptstr.; Jürgen Gillet; Inge Göbel, Eichenstr.; Ralph Göbel-Zimmermann, In der Witz; Edgar Greiner, Lehrer WLS; Friedrich Große-Heitmeyer, Tischlermeister/AK Frieden HBV; Dagmar Hänel, Am Königsfloß; Dieter Hänel, Am Königsfloß; Melanie Halbleib, WLS; Hans-Peter Hartmann, Boelckestr.; Armin Helm, Lehrer WLS; Wiltrud Helt-Hildebrandt, Lehrerin WLS; Rudolf Hermann, Boelckestr.; K.H. Hildebrandt, Lehrer WLS; Jürgen Hilger; Martina Kage, Friedenstr.; Gernot Klemmer, Kloberstr.; Christiane Kollig, Am Königsfloß; Wolfgang Kollig, Am Königsfloß; Johann Kraffert, Gustavsburger Str.; Eva Kumar, AUF; Arnulf Kunze, Lehrer WLS; Carsten-Arthur Latuske, AUF; Ulla Manns, Ludwigsplatz; U. Matschull, Berstädter Grabenweg; Roswitha Maul, AUF; Th. Maul, Passauer Str.; Willy Maul, Passauer Str.; Birgitt Mehlhorn, Lehrerin WLS; David Meisenzahl, WLS; Dietmar Meißner, Lehrer WLS; Thomas Messinger, Hallgarter Str.; Kläre Mey, Hauptstr.; Rolf Mienert, Kloberstr.; Karl-Heinz Müller, Wiesbadener Str.; Ursula Oebel, Kloberstr.; Claus Palzer, Alsenstr.; Hannelore Palzer, Joh.-Goßner-Str.; Mechthilde Palzer, Ankertorstr.; Susanne Palzer, Alsenstr.; Frank Perendt, Taunusstr.; Josef Rösler, Ankertorstr. 2–4; Albrecht Roth, cand.med.; Stefan Roth, In der Witz; Markus Ruthard, WLS, Gustavsburger Str.; Frank Seeliger, WLS, Ludwig-Wolker-Str.; Karin Schneider, Lehrerin WLS; Monika Schmoll; Karin Schüßler, Lehrerin WLS; Susanne Schult, WLS, Zelter Str.; Rainer Schulz-Atzert, Lehrer WLS; Dagmar Stather, Lehrerin WLS; Marion Steinberger; Minga Stoevesandt, Lehrerin WLS; Gudrun Stockert, Lehrerin WLS; Andreas Tiedemann, WLS; Maria Thomalsky, Lehrerin WLS; Felicitas Thulmann, WLS, Wiesbadener Str.; Gisela Ullrich-Adam, Lehrerin WLS; Astrid Weber, Sonderschullehrerin/Mitgl. DGB-Ortskartell AKK; Julia Weyer, WLS; Heinz Wionski, A.-Scheer-Str.; Susanne Wünsch, Erzieherin. Unterstützungserklärungen für den Ausbau des Jugendzentrums Reduit erbeten an: Roswitha Maul, Passauer Straße 17, 6502 Mainz-Kostheim



Eine Niederlage hinnehmen musste die AUF-Fraktion und mit ihr alle, die auf eine künftige kulturelle Verwendung einer der beiden Messerschmitt-Hallen hofften. Die Aktionen des Kinder- und Jugendzentrums und der AUF-Fraktion konnten den Abriss der Hallen nicht verhindern. Im Ortsbeirat war nur der damalige FDP-Vertreter Valentin Schollmayer der nun drei-köpfigen AUF-Fraktion bei einem Prüfantrag gefolgt. SPD und CDU waren gespalten: jeweils 2 Vertreter widersprachen der Prüfung, die anderen enthielten sich. So gab das Stimmen-Patt den Weg frei für einen Abriss ohne Prüfung.

AZ, Do. 29.8.85

RHEIN-MAIN — Seite 13

SPD und AUF für ein großes Jugendzentrum in der Reduit

CDU und FDP halten die Ausbau- und Folgekosten für zu hoch

als. KASTEL. - Als zentrales Thema ging auch diesmal aus der fünfstündigen Diskussion des Kasteler Ortsbeirats der Ausbau des Jugendzentrums in der Reduit hervor. Bereits in der Vergangenheit hatten sich an diesem Projekt erhebliche Kontroversen zwischen den Vertretern der SPD und AUF einerseits sowie der CDU und FDP andererseits entzündet (die AZ berichtete ausführlich darüber).

Zwar befürworten alle Beiratsmitglieder ein Jugendzentrum in Kastel, jedoch nicht in der geplanten Größenordnung. Als „zwei Nummern zu groß" lehnte Dieter Weißenfels (CDU) das mit einer Million Mark veranschlagte Projekt mit den jährlichen reinen Unterhaltungskosten von knapp 300 000 Mark für seine Partei ab.

In engem Zusammenhang mit den Aufwendungen für das Jugendzentrum sieht die CDU-Fraktion eine finanzielle Benachteiligung der Vereine sowie anderer sozialer Brennpunkte. Auch wird die Nachfrage für ein solches Angebot an offener Jugendarbeit angezweifelt. Stadtrat Manfred Kleinort bekräftigte diese Mutmaßung, da keine Jugendinitiative dieses Zentrum gefordert habe, und befürchtete gleichzeitig ein Abwandern der Jugendlichen aus den Vereinen.

Auch von seiten der FDP wird der Erfolg einer erweiterten offenen Jugendarbeit in der Reduit bezweifelt. Zumal es in der Vergangenheit, so Gregor Weeser-Krell, immer wieder Ausschreitungen der Jugendlichen und Kollisionen mit den dort ansässigen Vereinen gegeben habe.

Jörg Bourgett, Leiter des Jugendamtes in Wiesbaden, versuchte die bestehenden Bedenken mit einem Erfahrungsbericht aus seiner langjährigen Jugendarbeit auszuräumen. In der Tat sei die derzeitige Konfliktsituation durch fehlendes Angebot und Personal, räumliche Enge und den verheerenden Zustand des jetzigen „Provisoriums" hervorgerufen. Mit der Veränderung der Einrichtung, so seine Hypothese, würde auch das Konfliktpotential wegfallen.

Er riet davon ab, zwei „Benachteiligte", die offene Jugendarbeit und die Vereinsarbeit, gegeneinander auszuspielen. Auch sei die Attraktivität der Sportvereine weniger auf der sozialen, als vielmehr auf einer sportlichen, leistungsbezogenen Ebene zu sehen, so daß durch die unterschiedlichen Schwerpunkte keine Konkurrenz zu der Vereinsarbeit bestehe. Seinen Erfahrungen mit vergleichbaren Jugendzentren zufolge hat sich die „Doppelstrategie" von offener Jugendarbeit und verbandlicher Arbeit bewährt und stellt keinen Widerspruch dar.

Auch Ernst Galonske (SPD) sieht die enge Nachbarschaft von Verein und offener Jugendarbeit als förderlich für den Verein. Seine Fraktion wie auch der Vertreter der AUF schloß sich dem Appell des Jugendamtsleiters an, das „Herz in die Hände zu nehmen" und, wie Rainer Schuster forderte, nun endlich „Nägel mit Köpfen" zu machen.

Ortsvorsteher Bernhard Borg versuchte letzte Bedenken mit dem Ergebnis einer Umfrage in der Wilhelm-Leuschner-Schule auszuräumen. Demnach seien viele Jugendliche daran interessiert, neben ihrer Vereinstätigkeit auch das Angebot eines Jugendzentrums wahrzunehmen, wenn es anders aussehen würde.

„Jede Mark, die wir da reinstecken", so der Ortsvorsteher, „können wir später sparen." Doch wie das Abstimmungsergebnis zeigte, wird das neue Jugendzentrum nach wie vor umstritten bleiben. Die Vertreter von CDU und FDP blieben bei einem klaren Nein.

Einhellige Meinung herrschte dagegen über den CDU-Antrag, beim Land Hessen Mittel für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen für die Gustav-Stresemann-Schule in Kastel zu beantragen. Der Antrag stützt sich auf eine Neufassung der Richtlinien für den Schulbau, nach dem künftig auch Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, die der Schulträger an Schulgebäuden durchführen läßt, finanziell unterstützt werden. Damit geht ein dringendes Anliegen in Erfüllung, denn derzeit befinden sich sowohl die Turnhalle als auch die Geräte-, Umkleide- und Waschräume der Gustav-Stresemann-Schule in einem miserablen Zustand.

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK in Druck und Film

Militäranlage mitten in Kastel – AFEX

EXTRA

auch im Ortsbeirat Kastel

aufschrei

Zeitung für Amöneburg · Kastel · Kostheim

ARBEITSKREIS UMWELT u. FRIEDEN · AKK

Wir wollen kein Herborn oder Seveso in AKK!

„Das ist doch sehr unwahrscheinlich, daß hier so etwas passiert, daß durch Treibstoffexplosion Menschen getötet und Häuser dem Erdboden gleich gemacht werden, daß ganze Wohngebiete evakuiert werden müssen, wie dies im Sommer 1987 durch die Explosion eines Tanklastzuges im hessischen Herborn geschah. Es ist doch sehr unwahrscheinlich, daß hier wie in Seveso ein ganzer Landstrich – und mit ihm die Menschen – durch Dioxin vergiftet werden." So mag vielleicht mancher Zeitgenosse denken. Aber ganz so unwahrscheinlich ist das nicht, wenn wir uns mal an die vielen Unfälle erinnern, die sich in AKK in den letzten Jahren durch Militär ereignet haben.

Erinnern wir uns:

„Ein besonderer Dorn im Auge ist vielen Kastelern das ehemalige AFEX-Gelände (Militärgelände „In der Witz"). Die Vorfälle in und um dieses Gelände in den letzten Jahren sind ein „guter" Beispiel für die Mißstände der amerikanischen andere Passanten, so daß durch die tonnenschwere Rakete niemand zu Schaden kam.

Fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ereignete sich am 15.5.1984 ein erneuter Zwischenfall vor der Einfahrt des ehemaligen AFEX-Geländes: Die Bremsen eines Tanklastzuges waren in Brand geraten. Die deutsche Feuerwehr bemühte sich ca. eine Stunde, die schwelenden Bremsen unter Kontrolle zu halten. Was wäre passiert, wenn der Tanklastzug „In der Witz" explodiert wäre?

Unglaublich ist, daß weder auf dem Militärgelände „In der Witz" noch auf dem Erbenheimer Flugplatz eine Feuerwehr stationiert ist. Das sind dann „Sonderaufgaben" für die deutsche Feuerwehr. Hartnäckig halten sich bis heute Gerüchte, daß auf diesem Gelände neben anderer Munition auch chemische Kampfgas-Munition lagert."

Preisausschreiben

Wir verlosen unter den richtigen Einsendungen:

- Eine LP, MC oder CD nach Wunsch
- Eine Zehnerkarte für das Kostheimer Hallenbad
- 10 Eintrittskarten für die Rocknacht am 11. September 1992 in der Reduit
- 10 Bücher

Was soll aus dem AFEX-GELÄNDE werden, wenn die Amerikaner gehen?

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

Druck und Film

AKK in 20 Jahre

„Rettungswache in AKK erhalten!“

Informationen des
Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK für Kastel

Februar 1997 – Nr. 2

Aus der Arbeit des AUF in den letzten vier Jahren:

Rettungswache AKK vor dem Wiesbadener Magistrat gerettet!?

Unmittelbar nach der Kommunalwahl 1993 wurde es ruchbar: Die Rettungswache AKK des ASB in Kostheim soll auf Betreiben der Krankenkassen geschlossen werden.

Sofort brach in AKK ein Proteststurm los. Unterschriften für den Erhalt wurden gesammelt. Die gesamte Ärzteschaft in AKK verfaßte ein gemeinsames Schreiben an die Stadt, in dem die Notwendigkeit der Rettungswache AKK begründet wurde. Den Ärzten gleich wurden alle Schulleiter der AKK-Schulen aktiv, Betriebsräte und Geschäftsleitungen einheimischer Betriebe forderten den Erhalt der Wache zur Notfallversorgung für das an Industriebetrieben reiche AKK. DGB Ortskartell, Arbeiterwohlfahrt, VdK und andere Organisationen in AKK schlossen sich dem Protest an.

Selbstredend sprachen sich auch die Ortsbeiräte für den Erhalt der Rettungswache aus. Seitens von Stadtverordneten der hessischen Landeshauptstadt wurde signalisiert, im Dezember 1993 werde die Entscheidung fallen, wie der „Bereichsplan“, der den Rettungsdienst im Stadtgebiet Wiesbaden regelt, verändert werde und ob die Rettungswache AKK bleibe. Bis dahin wurden über 5.500 Unterschriften gesammelt, die von ASB-Sanitätern dem Stadtverordnetenvorsteher Retzlaff (SPD) übergeben wurden.

Aber statt der öffentlichen Beratung des Bereichsplanes im Koalition – mit Unterstützung der beiden REP-Vertreter im Magistrat – den neuen Bereichsplan. Darin war die Schließung der Rettungswache AKK vorgesehen, unter dem Vorwand, es könnten 25.000 DM pro Jahr an Kosten für das Gebäude der Rettungswache eingespart werden.

Alle Warnungen, die gesetzlich verlangte Hilfsfrist von maximal 10 Minuten, die in 95 % der Notfälle einzuhalten ist,

Interview mit den Sprecherinnen der Bürgerinitiative Krautgärten

Seite 5

könne bei Verlegung des Rettungsfahrzeuges nach Wiesbaden-Erbenheim nicht mehr garantiert werden, waren vom Magistrat und Gesundheitsdezernenten Riecle (CDU) weggewischt worden.

Keiner der AKK-Stadtverordneten erhob im Stadtparlament gegen dieses Vorgehen Protest. Widerstandslos beugten sich auch die örtlichen Parteifreunde der supergroßen Koalition.

Die AUF-Fraktion gab die Auseinandersetzung aber dennoch nicht verloren. AUF-Fraktionssprecher Dr. Gottfried Schmidt

Arbeitskreis Umwe
Fraktio

26. August 1995

Mitteilung an die Presse:

„Rettungswache AKK erhalten!“

Das 25jährige Bestehen des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) AKK nehmen die Fraktionen AUF Kastel und Kostheim zum Anlaß, ihre Bemühungen um eine Erhaltung der Rettungswache AKK nachdrücklich zu bekräftigen.

Die Kasteler Fraktion wird einen entsprechenden Antrag in der Ortsbeirats-Sitzung am 31. August einbringen. Der Antrag hat den Wortlaut: *„Der Ortsbeirat fordert den Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden auf, den im Dezember 1993 geänderten Bereichsplan für das Rettungswesen dahingehend zu revidieren, daß die Rettungswache AKK erhalten bleibt.“*
Ähnliche Beschlüsse, die Rettungswache zu erhalten, wurden im Kostheimer Orsbeirat schon mehrfach gefaßt.

Zum 1. Januar 1994, also vor nunmehr über 20 Monaten, wurde der Wiesbadener Bereichsplan für das Rettungswesen dahingehend geändert, daß die Rettungswache AKK geschlossen werden soll.
Aufgrund einer Klage von AKK-Bürgern wurde die Schließung aber bis heute nicht vollzogen. Diese Klage ist gegenwärtig vor dem Hessischen Verwaltungsgericht in Kassel anhängig. Wann mit einer richterlichen Entscheidung zu rechnen ist, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.
Von der Sache her geht der Streit im Wesentlichen darum, daß die Kläger befürchten, mit einer Verlegung der Wache nach Erbenheim sei die gesetzlich vorgeschriebene 10minütige Hilfsfrist für AKK nicht zu gewährleisten; diese Position konnten sie nicht zuletzt aufgrund von Experten-Gutachten stark untermauern.

Der Stadt Wiesbaden bietet sich nochmals Gelegenheit, eine politische Entscheidung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger von AKK zu treffen, statt sich auf den – natürlich auch für sie – unsicheren Ausgang eines Gerichtsverfahrens einzulassen.
Auch sollte – gerade zum Jubiläums-Anlaß – bedacht werden: Mit der Verlegung der Wache nach Erbenheim würde dem ASB in AKK kein guter Dienst erwiesen.

Eine Revision des Beschlusses von Ende 1993 ist Gebot der Stunde – und der Vernunft. Denn:
- Seit nunmehr 20 Monaten funktioniert der Rettungsdienst, gewährleistet durch den ASB AKK, zur Zufriedenheit der AKK-Bürgerinnen und -Bürger – der neue Bereichsplan hat sich für AKK als überflüssig erwiesen!
- Die zurückliegende Zeit – das haben nicht zuletzt die Untersuchungen der Sachverständigen gezeigt – hat deutlich gemacht, daß die Rettungswache AKK weiterhin benötigt wird.
- Zunächst befürchtete finanzielle Nachteile für die Stadt Wiesbaden sind nicht eingetreten.

Für die Schließung der Rettungswache gibt es also keinen Anlaß; vielmehr würde dies eine massive Verschlechterung der notfallmedizinischen Versorgung von AKK bedeuten.

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK im Druck und Film

Berstädter Graben – Thema für mehrere Jahrzehnte

Unser Preisrätsel:

1. An welcher Stelle der „Kur- und Bäderstadt Wiesbaden" (Landeshauptstadt) steht diese segensreiche Einrichtung?

2. Seit wann?

Unter den richtigen Einsendungen verlosen wir drei Flaschen ökologisch angebauten Wein und drei Kanister Trinkwasser.

Einsendeschluß: 1. März 1997

Anschrift und v.i.S.d.P. für diese Veröffentlichung:
Dr. Gottfried Schmidt, Boonstraße 6, 55252 Mainz-Kastel

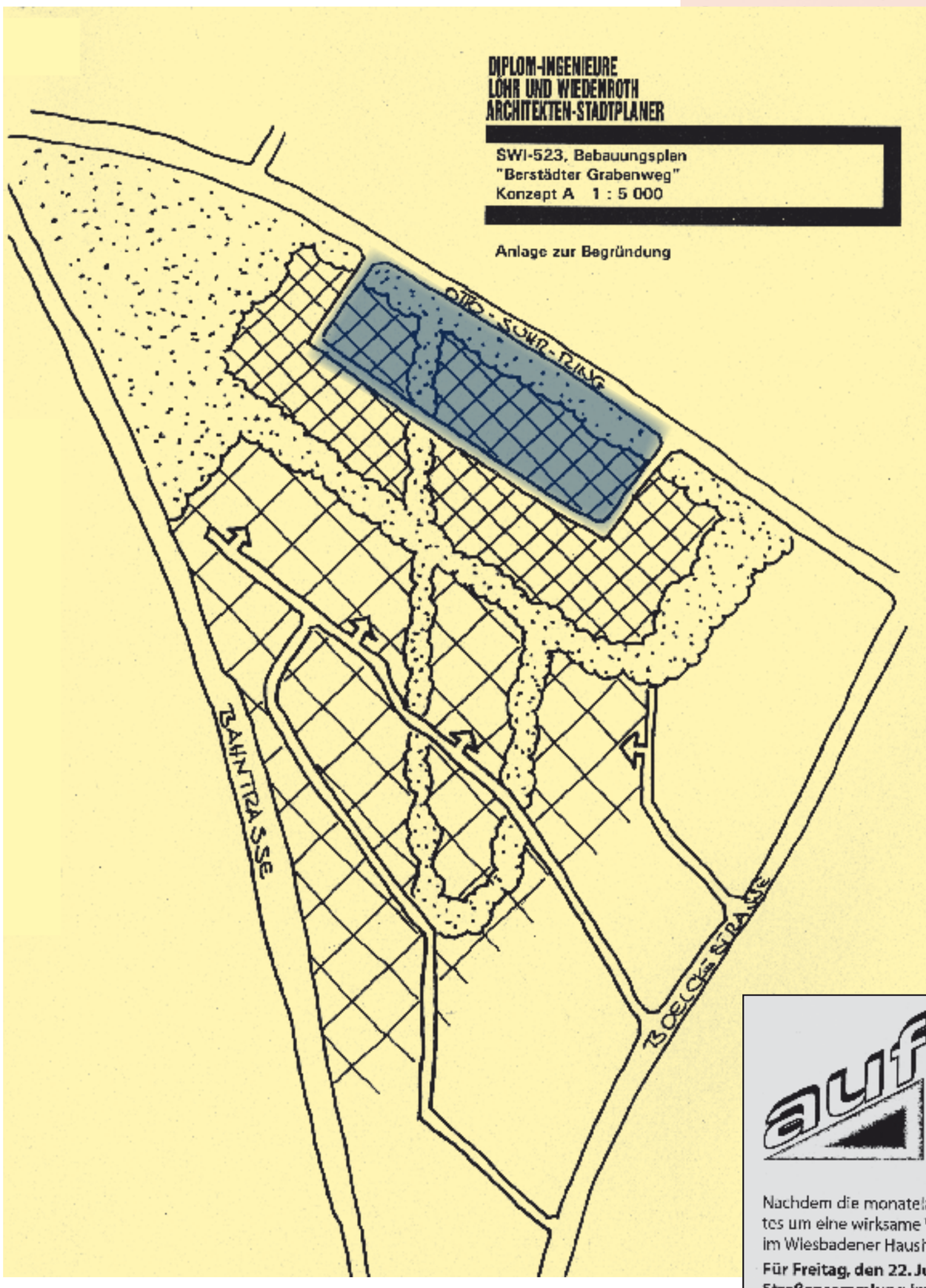
Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF AKK) 3

Berstädter Graben und ein Ende?

Als gebürtiger Kasteler und selbst Bewohner im Rinkerweg, also im Berstädter Graben, liegt mir das Schicksal dieses Gebietes natürlich besonders nah.
Darüber hinaus fasziniert mich aber die Entwicklung unseres Stadtteiles allgemein: Wenn man beispielsweise Karten von vor 70 Jahren, dann kurz nach dem Zweiten Weltkrieg und dann aus den 80er und 90er Jahren mit heute vergleicht, wird deutlich, wie viel sich in welche Richtung verändert hat. Damit diese Veränderungen nicht zu Lasten, sondern zum Wohl der Kasteleriinnen und Kasteler stattfinden, kandidiere ich beim AUF Kastel.

Josef Birk

Einen erneuten Anlauf machte die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden erst wieder im **September 2000**. In einer Bürgerversammlung stellten Umweltamt einerseits und Stadtplanungsamt andererseits ihre Pläne und Gedanken vor, wie man dieses Gebiet gestalten wolle. **Nicht „angedacht" wurde die Möglichkeit, nur die vorhandenen Häuser an Wasser und Kanal anzuschließen.** Aus der Versammlung heraus ergab sich ein **Votum** für den Vorschlag des **Stadtplanungsamtes**.
Keine oder nur unbefriedigende Antworten konnten im Verlauf der Versammlung zu folgenden Punkten gegeben werden:
1. Wie wirkt sich eine Bebauung des Berstädter Grabens in Verbindung mit Petersweg Ost klimatisch aus? **Klimagutachter warnen** vor den Auswirkungen der Bebauung beider Gebiete auf Alt-Kastel.
2. Wie wirken sich die **Kosten des Lärmschutzes** entlang der Bahn aus, und wer trägt die Kosten für notwendige Lärmschutzvorrichtungen im Bereich Am Rinker/Marie-Juchacz-Straße?
3. Warum werden ca. 38,8 Prozent des Grund und Bodens für **Gemeindebedarf** benötigt, wenn Straßen größtenteils vorhanden sind und nur erweitert werden? Eine **Umlegung wie im Petersweg** soll hier ja nicht stattfinden …
4. Wo sollen die **Schaustellerbetriebe** hin?
5. Was ist mit **Gartenbesitzern**, die nicht bauen, sondern „nur" ihren Garten behalten wollen? Kann die Stadt Wiesbaden verwertbare **Ausgleichsflächen** in der näheren Umgebung überhaupt anbieten?
Dies sind nur einige der Fragen, die sowohl auf der Bürgerversammlung gestellt als auch in einem **1997 vom Ortsbeirat** formulierten Fragenkatalog einstimmig beschlossen wurden – der Stadt Wiesbaden also längst bekannt sind.
Eine **Befragung** eines Teils der betroffenen Anwohner und Grundstückseigentümer wies eine Mehrheit für die Bebauung aus; jedoch kann diese Mehrheit, wie schon einmal geschehen, sehr schnell wieder schwinden, wenn der Umlegungsmodus, also die wahren Kosten bekannt werden. Ob dann nämlich noch die junge Kasteler Familie hier bauen kann?
Die Fraktion AUF wird sich im Ortsbeirat auch in Zukunft für eine **lückenlose Beantwortung der Fragen** aus dem Fragenkatalog einsetzen, für eine **Information der Betroffenen**, die diesen erst eine sinnvolle Entscheidung ermöglicht. Denn wir verstehen uns nicht als Bremser, sondern wir haben aus anderen Projekten (Krautgärten, In der Witz, Fort Biehler, Gewerbegebiet Petersweg Ost etc.) unsere Erfahrungen gesammelt.
Vor allem aber wird es eine unserer ersten Anfragen im Ortsbeirat sein, was denn nun geschehen ist mit den Anträgen für einen **Bebauungsplan**, der umgehend erstellt werden sollte. Seitdem sind **schon wieder vier Monate** vergangen, ohne dass sich etwas getan hätte. Haben da örtliche CDU, SPD und das Stadtplanungsamt Wiesbaden etwa **Wahlkampf** geführt – auf Kosten der Betroffenen?



Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK – AUF Kastel

Fraktion AUF: Straßensammlung für Schranke im Petersweg

Nachdem die monatelangen Bemühungen von Anwohnerinnen und Anwohnern und des Ortsbeirates um eine wirksame Verkehrsberuhigung im Petersweg nun offensichtlich an fehlenden 3.000 DM im Wiesbadener Haushalt zu scheitern drohen, greift die Fraktion AUF Kastel der Stadt unter die Arme:

Für Freitag, den 22. Juni 2001, von 15 Uhr 30 bis ca. 18 Uhr hat sie die Durchführung einer Straßensammlung im Petersweg angemeldet – und inzwischen die Erlaubnis vom Ordnungsamt mit folgender Auflage erhalten:

„Der Ertrag der Sammlung ist ausschließlich für die Zwecke ‚Schranke zur Verkehrsberuhigung' zu verwenden."

Kurz nochmals die **Chronik der Ereignisse:**
Das Grundproblem ist bekannt – viele Autofahrerinnen und -fahrer „nutzen" den Petersweg, um den inzwischen fast ganztägigen Staus auf der Boelckestraße zu entgehen, als Schleichweg, ungeachtet der Tatsache, dass es sich hier um eine Anliegerstraße handelt.

Am **11. April 2001** signalisierte dann auch die Verkehrsdezernentin ihr Einverständnis zur Einrichtung einer abschließbaren Schranke. Aber: **„Leider sind zur Durchführung der Maßnahme keine finanziellen Mittel vorhanden. Die Kosten betragen ca. 3.000 DM."**
Und da sich darum bis heute nichts getan hat,

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK in Druck und Film

Umwelt und Umweltpolitik in AKK

Informationen des Arbeitskreis Umwelt und Frieden

AUF AKK für Kastel

Februar 1993 – Nr. 1

Erst wird der Regen sauer, dann der Mensch ...

Die alltäglichen Meldungen von Kriegs"schau"plätzen, die Ankündigungen weiterer unsozialer Umverteilungsmaßnahmen und die Anschläge "brauner" Terroristen haben ein Thema in den Medien in den Hintergrund gedrängt:

Die fortschreitende Zerstörung unserer ökologischen Lebensgrundlagen.

Als der **Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF)** in Mainz-Kastel vor acht Jahren zum ersten Mal zur Ortsbeiratswahl antrat, zitierten wir in unserem Vorstellungsflugblatt die "landschaftsökologische Untersuchung der Landeshauptstadt Wiesbaden" vom März 1980.
Darin hieß es:

> *"Der 'Talboden von Kastel und Kostheim' ist die am stärksten belastete naturräumliche Einheit Wiesbadens. Die Luftverschmutzung ist außer ordentlich hoch, besonders die Belastung mit Schwefeldioxid (SO^2), Stickoxiden und Staubniederschlag. Die Gewässer, sowohl die Bäche, als auch die Flüsse sind stark verschmutzt.*
> *Das Kastel-Kostheimer Rhein-Main-Ufer an der Mündung des Mains in den Rhein zählt zu den am stärksten verschmutzten Flußabschnitten Deutschlands."*

Diese Analyse trifft auch heute noch zu!

Läßt sich an der bedrückenden Umweltsituation auf kommunaler Ebene nichts ändern?

Wir meinen: Doch!

Bis zum Jahre 1991 wurden im Maaraue-Freibad durch die Verfeuerung von Heizöl pro Badesaison ca. 500 kg Schwefeldioxid, 400 kg Stickoxide, 60 kg Staub und 280.000 kg Kohlendioxid in die Luft geblasen. Kostenpunkt pro Saison: ca. 40.000 – 60.000 DM.

Solaranlage Maaraue – ein Schritt in die richtige Richtung

Bereits im Jahre 1986 startete die Fraktion AUF im Ortsbeirat Kastel eine Initiative, die Heizölfeuerungsanlage durch eine Solaranlage zu ersetzen. Doch noch im Dezember 1987 wurde bei den Haushaltsberatungen ein entsprechender AUF-Antrag von den anderen Fraktionen abgelehnt.

Die Argumente für eine Solaranlage vermochten diese zunächst nicht zu überzeugen:

nd Frieden - AKK

AUF - AKK zur Wahl Ausgabe 2 / Kastel 3. 3. 1989

"Bis zum 9. März 1985 war die UmWelt in Kastel noch in Ordnung"

Dies konnte man zumindest aus der Tatsache schließen, daß Anträge zu diesem wichtigen Bereich (auch regionaler) Lebensqualität im Ortsbeirat Kastel bis zum "Einzug" der AUF in den Ortsbeirat Seltenheitswert hatten. Forderungen nach Müllgetrenntsammlung o. ä. ernteten zu jener Zeit noch ein müdes Lächeln.
Meinte doch ein Kasteler CDU-Politiker damals, getrennt sammeln sei unnütz, da die Wiesbadener Hausmülldeponie über eine "Müll-Sortierungs-Anlage" verfüge.

AUF-Ortsbeiratsmitglied Hartmut Bohrer konnte diesen Irrtum aufklären und fand für eine ganze Reihe von Änderungsvorschlägen zum Abfallwirtschaftskonzept der Stadt Wiesbaden auch eine Mehrheit im Ortsbeirat :

Bau einer Kompostierungsanlage für Garten-, Park- und Friedhofsabfälle,
Schaffung einer Kompostierungsanlage für organischen Hausmüll, gesonderte Deponierung von Kunststoffabfällen,
Getrenntsammlung von Papier, Glas, Kunststoff und Blechdosen, kostenlose Sperrmüllabfuhr u.a.

Einen Katalog solcher Maßnahmen zur Müllvermeidung bzw. -wiederverwertung hatte die Wiesbadener Stadtverordnetenfraktion der GRÜNEN erarbeitet und in die Diskussion eingebracht.
Gemeinsam mit der SPD konnten Dinge "auf den Weg" gebracht werden, damit nicht auch in Wiesbaden bald der "Müllnotstand" ausbricht, mit den Folgen des "Mülltourismus" in benachbarte Regionen oder in die DDR und wachsenden Müllgebühren.

Städte und Gemeinden müssen aktiver als bisher zur Müllvermeidung beitragen und dürfen sich nicht mit der Kritik an der verfehlten Bundes- und Landespolitik begnügen.

Sparen Sie Geld -
schonen Sie die Umwelt!

Oft kann man/frau durch eine kleine Investition Geld sparen und die Umwelt entlasten.
Ein Beispiel hierfür ist die Anschaffung einer Komposttonne für den organischen Hausmüll (Abfall von Gemüse, Salat, Kartoffeln, Teebeutel, Kaffeefilter usw.).

Auf Antrag der Fraktion AUF wurden in den AKK-Haushalt jährlich 20.000 DM aufgenommen zur Bezuschussung des Kaufes solcher Tonnen durch Privathaushalte.

Jede Tonne wird mit 25 % bezuschußt (die AUF hatte sogar 50 % vorgeschlagen). Über das Umweltamt sind zu bestimmten Terminen sogar Sammelbestellungen möglich, die die Tonnen bzw. Lattenroste für die Interessenten noch billiger machen.

Da über 40 % des Hausmülls kompostierbar sind, können viele Haushalte auf eine kleinere Mülltonne umsteigen. Das spart dem Einzelnen auf Dauer Geld und der Stadt wertvollen Deponieraum.

In einem Großversuch der Stadt Wiesbaden wurde erfolgreich nachgewiesen, daß die Kompostbehälter (auch in einem kleinen Hof, im Vorgarten oder auf dem Balkon) "funktionieren".

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK in Druck und Film

Reichspogromnacht – Rathenauplatz

Mainz-Kasteler Bürger rufen auf zur Mahnwache:

Vor 50 Jahren: Reichspogromnacht auch in unserer Stadt !

Vor 50 Jahren, in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938, fand im ganzen Deutschen Reich ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Deutschen, die Juden oder jüdischer Herkunft waren. Ihre Gotteshäuser wurden niedergebrannt, die Feuerwehren wurden wie in Mainz durch NSDAP-Führer am Löschen gehindert, Wohnungen und Geschäfte wurden verwüstet und geplündert. Weder Alters- noch Waisenheime wurden verschont. Die ohnehin wenigen Versuche, die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, verhinderte der Staatsapparat der NSDAP. Die Justiz verfolgte keine der Mißhandlungen, keinen der zahlreichen Morde an den wehrlosen Mitbürgern.

Dagegen wurden in den Tagen darauf 20.000 jüdische Männer jeden Alters in Konzentrationslager verschleppt, viele wurde gefoltert und erschlagen.
Den Überlebenden dieses in der modernen Geschichte beispiellosen Aktes der Barbarei preßte die Reichsregierung - neben der Verpflichtung

bei der - "Arisierung" genannten - Enteignung der Juden.

Die Reichspogromnacht ...

und Fremdenhaß propagieren.

Wir werden in diesem Sinn am Abend des 9. November 1988 des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht - zusammen mit zehntausenden Bürgern in der ganzen Bundesrepublik - von 17 bis 19 Uhr mit einer Mahnwache am Karl-Helfferich-Platz / Ecke Wiesbadener Straße in Kastel gedenken.

Wir verbinden damit die Forderung, diesen Platz umzubenennen in Friedensplatz; seinen jetzigen Namen erhielt dieser Platz - ursprünglich Rathenauplatz - unter den Nazis.

Wir fordern alle Bürger und Organisationen von Kastel, Kostheim und Amöneburg auf, sich an dieser Mahnwache zu beteiligen.

Es unterstützen diesen Aufruf folgende Persönlichkeiten Mainz-Kastels (in alphabetischer Reihenfolge; Funktionsangabe nur zur Information):

Klaus-Michael Abel (Ev. Pfarrer, Amöneburg/Kastel), **Joachim Bayer-Beck** (Die GRÜNEN, Mainz-Kastel), **Hartmut Bohrer** (Arbeitskreis Umwelt und Frieden - AUF - AKK), **Bernhard Borg** (Ortsvorsteher Mainz-Kastel), Rainer **Dornig** (Schulleiter Gustav-Stresemann-Schule), **Bernd Feuerbach** (Redakteur), **Ernst Galonske** (Arbeiterwohlfahrt, Ortsverein Kastel), **Wolfgang Geller** (Sozialpfarrer, Friedensinitiative AKK), **Friedel Große-Heitmeyer** (Deutsche Friedensgesellschaft/ Vereinigte Kriegsdienstgegner - DFG/VK -), **Fina Halein** (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten - VVN/BdA -), **Sabina Hoffmann** (Betriebsratsvorsitzende, Bezirksfrauenausschußvorsitzende IG Druck und Papier Wiesbaden), **Heinrich Hedderich** (Ehrenvorsitzender der VdK-Ortsgruppe Kastel-Amöneburg), **Heinz-Erich Krone** (Fraktionsvorsitzender CDU, Ortsbeirat Mainz-Kastel), **Elke Matejka** (DKP AKK), **Rainer Rosenberger** (Kath. Pfarrer, Kastel-Amöneburg), **Hans Schuck** (Vorsitzender des DGB-Ortskartells AKK), **Rainer Schuster** (Stadtverordneter Landeshauptstadt Wiesbaden, SPD-Ortsvereinsvorsitzender Kastel), **Wilfried Schwenk** (Schulleiter Wilhelm-Leuschner-Schule), **Johann Weber** (Personalratsmitglied beim Postamt Wiesbaden), **Gregor Weeser-Krell** (F.D.P. Mainz-Kastel).

Wir bitten alle Bürgerinnen und Bürger, die noch Informationen über Gewalttaten, Ermordete und Verschleppte während der Zeit 1933 bis 1945 haben, sich mit uns in Verbindung zu setzen, damit diese Ereignisse ihren angemessenen Eingang in unsere Stadtgeschichte finden:
Dr. Gottfried Schmidt, Roonstr. 6, 6503 Mainz-Kastel, 06134/4921

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK in Druck und Film

Transparenz und Bürgerbeteiligung – Mainzer Straße

Beschluss des Ortsbeirates Mainz-Kastel vom 22.10.1985

Antrag der Fraktion AUF (Arbeitskreis Umwelt und Frieden AKK) vom 11. 10. 1985

Für die Richtigkeit: Hartmut Bohrer – Ortsbeiratsmitglied AUF –, Grohanlage 4, 6503 Mainz-Kastel

Der Ortsbeirat Mainz-Kastel erwartet anläßlich der Bürgerversammlung am 29. 10. 1985 in Kastel zum Thema „Mehr Eigenständigkeit für AKK" eine klare Stellungnahme des Oberbürgermeisters und des Magistrats der Landeshauptstadt Wiesbaden, wann und wie die geplante Befragung der Bevölkerung von AKK zur gewünschten kommunalen Verwaltungszugehörigkeit durchgeführt werden soll.

Der Ortsbeirat spricht sich dafür aus, die Bevölkerung von AKK vergleichbar einer Wahl – nach Wählerverzeichnis per Stimmzettel in den üblicherweise bei Parlamentswahlen vorgesehenen Abstimmungslokalen an einem festgesetzten und entsprechend vorher angekündigten Tag – ihre Entscheidung treffen zu lassen.

Ein eher den Befragungen im Rahmen einer Volkszählung ähnelndes Verfahren der Stimmabgabe an der Haustür hält der Ortsbeirat für ungeeignet.

Die Information der AKK-Bevölkerung vor dem Abstimmungstag soll eine sachlich möglichst gut fundierte Entscheidung ermöglichen.

Der Oberbürgermeister und der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden sollten auch klar zu erkennen geben, daß sie die Entscheidung der AKK-Bevölkerung – wie auch immer sie ausfallen mag – respektieren und sich dafür einsetzen, daß der Wille der Bevölkerung realisiert wird.

Jede Partei und jede(r) Mandatsträger(in) werden sich daran messen lassen müssen, wie sie es mit der Demokratie halten, auch dann, wenn eine demokratisch gefällte Entscheidung mal nicht den eigenen Vorstellungen entspricht.

AZ, 24.10.85

Bürgerfragestunde als Alptraum für den Ortsbeirat in Kastel

„Ewig" gedauert – allerdings tat dies die gesamte Sitzung

wah. KASTEL. - Die Ortsbeiratssitzung am Dienstag brachte Schwierigkeiten mit sich: das Thema Bürgerfragestunde, die auf eine Bürgerhalbestunde reduziert werden soll, wurde zum Alptraum und durchzog die ganze Sitzung. Nachdem Ortsvorsteher Borg die Sitzung eröffnet hatte, wurde das Wort an die anwesenden Bürger zur Bürgerfragestunde weitergegeben.

Einige engagierte Bürger hatten denn auch gleich mehrere Punkte vorzubringen. Es wurde zum einen Beschwerde gegen die zeitliche Festlegung von Bürgerversammlungen angemeldet, die um 17 Uhr für keinen arbeitenden Bürger zugänglich seien und deshalb später angesetzt werden sollten, zum anderen gab es erhebliche Diskussionen zu dem Antrag der Sozialdemokraten, die Bürgerfragestunde auf 30 Minuten herabzusetzen, um damit anschließend bessere Arbeit während der Sitzung leisten zu können. Der Antrag wurde später von den Ortsbeiratsmitgliedern auf die nächste Sitzung vertagt, um die Bürger nicht weiter „zu provozieren". Weitere Anfragen gab es wegen der verkehrsmäßigen Gestaltung des Paulusplatzes, zu der es bereits einen Plan gegeben hat, der aber nicht in die Tat umgesetzt wurde. Nächste Punkte waren die Erstellung von Toiletten im AKK-Bereich an Bushaltestellen, was aber wegen zu hoher Kosten und Folgekosten abgelehnt wurde, und der Bebauungsplan Krautgarten, der den Verkauf von Grundstücken an finanziell nicht so starke Bürger vorgesehen hatte, bis heute aber für die Bürger nicht zu realisieren war, da die Wohnbau Mainz als Besitzer dieser Grundstücke, wenn überhaupt, dann bebaut verkaufen will.

Weitere Themen waren die Belästigung durch verschiedene Imbißstuben und die Beseitigung von verschiedenen Schaustellerwagen, die ohne verkehrsamtliche Zulassung schon seit mehreren Monaten in Kastel abgestellt stehen.

Nach mehreren Auseinandersetzungen zwischen Bürgern und Beiratsmitgliedern konnte endlich nach eineinviertel Stunden die Bürgerfragestunde beendet werden. Als wichtige Punkte waren auf der Tagesordnung die Belästigung durch die Imbißstätten, die Planung des Paulusplatzes und das Schreiben über den Bebauungsplan Wiesbadener Straße vorgesehen. Bei der Belästigung durch die Imbißstände wollte sich Erich Unkelbach als Vertreter der Stadt Wiesbaden um Aufklärung bis zur nächsten Sitzung bemühen. Zum Thema Paulusplatz stellte die Fraktion Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) den Antrag auf Prüfung nach geeigneter Sicherung des Paulusplatzes. Der Antrag, von den Sozialdemokraten neu formuliert, wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Bericht des Ortsvorstehers, der insbesondere das Jugendzentrum Reduit als Problem aufbrachte, konnte zu den Anträgen übergegangen werden. Angenommen wurde der Antrag der AUF, in AKK flächendeckend Wertstoffsammelbehälter aufzustellen, ebenso einstimmig wie die Forderung der AUF, die Bürgerbefragung in AKK in Form eines Urnenganges und nicht einer Haustürbefragung durchzuführen. Zugestimmt wurde weiterhin dem AUF-Antrag, daß der Stadtverordnetenvorsteher für die Bürgerversammlung am 29. September auch die Themen „Mehr Eigenständigkeit für AKK", „Flugplatz Erbenheim" und „ehemaliges AFEX-Gelände" auf die Tagesordnung setzt.

Zustimmung fand auch der Antrag der SPD, zur Sicherung der Fußgänger den rheinseitigen Fußgängerweg vor dem Wasser- und Schiffahrtsamt bis zur Kurve der Zufahrtsstraße am Spielplatzgelände und in südlicher Richtung bis zur Theodor-Heuss-Brücke fortzuführen. Angenommen wurde zudem die Fortführung des rheinseitigen Radweges in der Eleonorenstraße von der Johannes-Goßner-Straße in Richtung und die Entfernung halb verrotteter Schaustellerwagen im Bereich des SWF-Sendemastes (beides SPD-Anträge). Eine Anfrage richtete die SPD nach Wiesbaden, was aus dem Antrag zur Verkehrsberuhigung in Kastel geworden sei, der im Juni gestellt wurde. Dabei ging es um die Sperrung des Durchgangsverkehrs für Schwerlastfahrzeuge in der Boelcke-, Hochheimer und Wiesbadener Straße.

Einstimmig, wohl auch unter dem Eindruck der bereits fortgeschrittenen Stunde, stimmten die Mitglieder des Ortsbeirats dem Antrag der SPD zu, künftig die Sitzungen des Gremiums spätestens um 22.30 Uhr zu beenden. Endlich gegen 23.30 Uhr konnte der Kasteler Ortsbeirat Dienstag nacht zur nichtöffentlichen Sitzung übergehen.

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

Druck und Film

20 Jahre AKK in

Baugift in der Wilhelm-Leuschner-Schule – PCB

Verpackungskunst: Damit die möglicherweise schädlichen Fasern der aus den Klassenzimmern entfernten Dämmplatten nicht in alle Winde zerstreut werden, werden sie bis zum Abtransport in Folie eingeschlagen. Bild: Jörg Henkel

A2 14.9.95

Lehrern der Leuschner-Schule reißt langsam der Geduldsfaden

PCB-Sanierung und Unterricht laufen parallel nebeneinander her / Kritische Fragen

rma. KOSTHEIM — Einen beschleunigten und qualifizierten Fortgang der Sanierungsarbeiten in der Wilhelm-Leuschner-Schule mahnen Lehrerkollegium und einige Kommunalpolitiker an. Besonders Pädagogen empfinden es als Zumutung, Unterricht auf einer „Baustelle" mit freiem Blick auf rohe Betondecken und wirr herabhängenden Kabelsträngen anbieten zu müssen. Ortsbeiratsmitglieder und Angehörige der Schulkonferenz bezweifeln inzwischen, daß die Arbeiten ordungsgemäß vonstatten gehen. So seien einige Räume entgegen einer Weisung von Schuldezernent Peter Riedle (CDU) zu Schuljahresbeginn „überstürzt" freigegeben worden.

Die Kritik rührt daher, daß die Stadt die Sanierung wegen des immensen Kostenaufwands von geschätzten 5,1 Millionen Mark auf mehrere Jahre strecken mußte, weil sie sonst nicht finanzierbar wäre. Schadstoffe werden zwar entfernt, zurück bleibt jedoch ein Betontorso, der in einer weiteren „Sanierungsstufe" mit schulüblichem Zubehör aufgefüllt werden mußte. Die erste Stufe mit einem Volumen von 1,6 Millionen läuft gerade, und zwar parallel zum Unterrichtsbetrieb. Mindestens vier Räume sind dem Unterrichtsbetrieb entzogen. Auch im Atrium sowie im Lehrerzimmer fehlen die Deckenverkleidungen.

Beobachter berichten von schwierigen Bedingungen. Während die Arbeiter auf der einen Seite des Flurs mit der Sanierung beschäftigt seien, müßte auf der anderen Unterricht angeboten werden. Bis vor kurzem konnten Schülerinnen und Schüler auch Schabernack mit Warnsirenen treiben, deren Funktion es ist, vor dem Betreten der hochsicherheitsmäßig abgeschirmten Baustelle zu warnen.

Angehörige der Schulleitung räumen ein, daß es teilweise „sehr unwirklich" in dem in den sechziger und siebziger Jahren errichteten Bauwerk ausschaut. In zahlreichen Klassen- und Fachräumen sind zwar sämtliche Betonfugen, die früher PCB-haltige Dehnungsmasse enthielten, ausgekratzt und mit Ersatzstoffen versiegelt sowie mineralfaserhaltigen Deckenverkleidungen ausgebaut. Weil nicht alle Decken ersetzt wurden, leidet vor allem die Akustik. Die innenarchitektonische Abrundung soll erst in der zweiten Sanierungsstufe in Angriff genommen werden, von der noch niemand weiß, wann sie vom Stadtparlament beschlossen wird. Deswegen wächst der Druck auf die Kommunalpolitik, im Doppelhaushalt 1996/97 rund 3,5 Millionen Mark vorzusehen.

Die Schulleitung ist offenbar bereit, die gegenwärtige „Übergangssituation" zu erdulden, allerdings nur für eine kurze Zeit. Sie räumt der Stadt sogar einen Vertrauensvorschuß ein, geht allerdings davon aus, daß die Sanierung im nächsten Schuljahr beendet wird.

Zweifel an der Effizienz der Arbeiten meldet die AUF-Ortsbeiratsfraktion an. In Übereinstimmung mit der Schulkonferenz, die Anfang der Woche einen Beschluß faßte, fordert die AUF, ein unabhängiges Forschungsinstitut wie das Darmstädter Öko-Institut mit einer Sicherheitsüberprüfung zu beauftragen. Städtische Stellen könnten diese Aufgabe nicht neutral genug angehen. Ermutigt zu dieser Forderung sieht sich die AUF wegen einer „ganzen Reihe von äußerst kritischen Fragen". Einige Räume seien freigegeben worden, ohne daß Meßprotokolle vorliegen, in anderen sei überhaupt nicht gemessen worden. Inoffiziell bekannt gewordene Werte zeichneten ein „äußerst unterschiedliches Bild" vom Sanierungserfolg. Angeblich soll die „magische Grenze" von 300 Nanogramm PCB pro Kubikmeter Raumluft, die als Ziel gesetzt wurde, nur „vereinzelt" erreicht worden sein. Die Schulleitung bekräftigte unterdessen, daß die Meßwerte auf einem „erfreulichen" Niveau liegen würden.

Der Fragenkatalog der AUF, der im Ortsbeirat zur Sprache gebracht werden soll, bezieht sich vor allem auf die Ausführung der Sanierungsarbeiten. Auskunft verlangt die AUF unter anderem, ob die Schulmöbel dekontaminiert würden, nicht entfernte Fußbödenbeläge und Teppiche in Zukunft als „Sekundärquellen" PCB ausdünsten können und die ganze Sanierung nicht dadurch gefährdet sei, daß statt PCB-haltigen Massen nun Epoxidharz in die Fugen gespritzt werde.

WT, 6.9.91

Ein Ohr für den Stadtrat

bl — „Mit großer Wut" standen sie vor dem Rathaus und trugen Stadtrat Hessenauer die Moritat von den PCB-belasteten Klassenräumen vor: Vertreter der Wilhelm-Leuschner-Schule aus Kastel und von der Gerhart-Hauptmann-Schule. Dort sind — wie mehrfach berichtet — zahlreiche Räume geschlossen worden, da sie in erheblichem Maße mit dem Schadstoff belastet sind. An beiden Schulen hat man zudem das Gefühl, nicht richtig gehört zu werden. Um dem abzuhelfen überreichten die Lehrer Hessenauer ein riesiges Ohr.

Die Stadt sei bisher zu zögerlich und vorsichtig an das Problem herangegangen. Daher forderten die Schulen eine baldige und umfassende Sanierung der betroffenen Räume und auch eine Lösung der durch die Schließung entstandenen Platzprobleme.

Hessenauer hielt dem entgegen, daß die Stadt erst einmal ein schlüssiges Konzept zur Sanierung haben müsse — das sei in Arbeit, blinder Aktionismus bringe hingegen nichts, warnte der Stadtrat.

Bild: Friedrich Windolf

Arbeitskreis bekräftigt PCB-Kritik

Grenzwerte in einigen Räumen der Leuschner-Schule überschritten

WEZ, 25/29.9.95

KASTEL. RED. Bekräftigt und mit Zahlen untermauert hat der Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) am Freitag seine Kritik am Vorgehen der Stadt bei der PCB-Sanierung in der Wilhelm-Leuschner-Schule. Im Ortsbeirat hatte sich die AUF-Fraktion mit ihrer Forderung, die Verwaltung zu rügen, nicht durchsetzen können. Der zentrale Vorwurf: Räume wurden trotz hoher PCB-Werte wieder für den Unterricht freigegeben. Nach AUF-Informationen haben „schon mehrere Klassen den Unterricht in einzelnen Räumen verweigert".

Unter anderem sei im Raum L 105, in dem ab dem 21. August wieder unterrichtet wurde, am 17. August ein PCB-Wert von 1140 Nanogramm pro Kubikmeter Luft gemessen worden, sagt Dr. Gottfried Schmidt, Fraktionsvorsitzender im Kasteler Ortsbeirat. Dabei habe Schuldezernent Peter Riedle (CDU) noch am 30. März in einer Anhörung erklärt, „daß Schulräume erst geöffnet würden, wenn Werte um 300 Nanogramm erreicht seien", so Schmidt. Damit hätten die zuständigen Stellen weiter dazu beigetragen, „daß das Mißtrauen bei Schülern und Lehrern an dieser Art zu sanieren wächst".

Der AUF-Politiker listet weitere Beispiele für überhöhte Werte auf: „Zum Beispiel wurden in der Bibliothek am 28. Juli und am 28. August jeweils Werte um 820 Nanogramm pro Kubikmeter gemessen; im Flur des L-Baus waren es am 28. August 645 Nanogramm, in L 103 waren es am 9. August 920 und am 17. August 815 Nanogramm pro Kubikmeter."

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

Druck und Film

Was wird aus der Kostheimer Hauptstraße?

RHEIN MAIN PRESSE

Mit Postkarten gegen den Abriss

Parlamentarier sollen sich ein Bild vom Hauptstraßen-Ensemble machen

zel. KOSTHEIM – Mit einer Postkartenaktion wollen eine Mieterinitiative sowie der AUF die Stadtverordneten davon überzeugen, dass es ein Fehler wäre, das denkmalgeschützte Ensemble an der Hauptstraße abzureißen. „Wir lassen nicht locker", so fasste AUF-Sprecher Wolfgang Raab die Absicht zusammen, nach dem für die Mieter entmutigenden Beschluss des Ortsbeirats doch noch eine Trendwende herbeizuführen.

Ein Stück Alt-Kostheim drohe zu verschwinden, so heißt es im Text der Postkarten, auf denen drei Motive mit Ansichten der Hauptstraße aus der Zeit um 1900 und von heute in Form einer Collage vereinigt sind. Die mit einem roten Raster unterlegten Darstellungen zeigen, wie es in den 20er Jahren ausgeschaut haben mag, als zahlreiche Häuser noch standen und Menschen sich vor einem Gasthaus zusammenfanden, um einem Staatsmann aus der Weimarer Zeit zuzujubeln, der in Frack und Zylinder im offenen Cabriolet durch Kostheim fuhr. Offenbar war es der Reichsmarschall Paul von Hindenburg. Ein Bild zeigt auch die frühere Bäckerei Nardollek, an deren Stelle sich heute das Museumshof-Projekt befindet. „Setzen auch Sie sich für den Erhalt der Häuser ein", so heißt es auf der Postkarte, die dem Stadtparlament verdeutlichen soll, dass es um die Bewahrung von Identität, Wohnraum und Geschäften im historischen Ortskern gehe. Mit der Aktion wollteen sich Mieterinitiative und der Verein AUF gegen den Beschluss des Ortsbeirats wenden, der nur deshalb grünes Licht für einen Abriss geben konnte, weil sich die AUF-Vertreter der Stimme enthielten. Eine verbindliche Entscheidung im Stadtparlament solle noch im letzten Semester dieses Jahres fallen. Damit die Wirkung der Postkarten nicht verpuffe, sollen sie „nicht so früh", also etwa vier Wochen vor dem Sitzungstermin an die Stadtverordneten versandt werden. Lange habe die AUF diskutiert, ob sie eine Aktion zusammen mit allen Kostheimer Bürger machen solle. Doch dann habe sie sich dafür entschieden, dass die Mieter der Wohnhäuser Hauptstraße 119 bis 125 das Vorgehen selbst steuerten. Man müsse wieder Bewegung in die Diskussion hineinbringen, sagte Wolfgang Raab.

Kostheim braucht HEUTE eine Verkehrslösung!

Wir fragen uns , wie schnell der umstrittene Ausbau der Hauptstraße realisiert werden kann. Es sind wesentlich kurzfristigere Maßnahmen denkbar, um den alten Ortskern von Kostheim ohne langwierige Planfeststellungs- und Enteignungsverfahren zu entlasten.

Kostheim will auf seinen Plätzen und Straßen leben!

Unter Einbindung der Hauptstraße in das so schön geplante Freizeitgelände auf dem ehemaligen Bauhof könnte schon heute eine Lösung geschaffen werden, die eine spürbare Entlastung bringt. Statt historisches Fachwerk abzureißen (egal auf welcher Seite der Hauptstraße) und damit noch mehr (!) Bundesstraßenverkehr anzuziehen, meinen wir, daß durch folgende Maßnahmen schon heute eine echte Anhebung der Wohn- und Lebensqualität in Kostheim möglich ist:

- Die Gustavsburger Mainbrücke für den gesamten LKW-Verkehr sperren
- Den übrigen Durchgangsverkehr über die bereits existierenden Umgehungsstraßen (Autobahn, B 40, u.a.) leiten
- Durch geeignete Schnellbusverbindungen den Berufspendelverkehr auf die öffentlichen Verkehrsmittel verlagern.
- Das Fahrradwegenetz ausbauen.
- Den Zubringer der APURA über die Bahnlinie schnellstmöglich ausbauen, ohne vorher mit dem Provisorium am alten Friedhof endlang vorzeitige, teure und unnötige Fakten zu schaffen.

Wir träumen die Utopie, durch Sperrung der Mainbrücke für den gesamten PKW-Verkehr mit Ausnahme von öffentlichen Verkehrsmitteln, Rettungsfahrzeugen, Taxen und Radfahrern die Hauptstraße zur verkehrsberuhigten Fußgängerzone zu machen.

Bevor weitere kurzsichtige kleine Fakten geschaffen werden, sollte eine sehr genaue Verkehrsanalyse durchgeführt werden, als Grundlage für eine befriedigende Gesamtlösung für AKK, Gustavsburg und Umgebung. Mit deren Umsetzung könnte schon sehr bald begonnen werden - wenn man nur wollte.

Wir erwarten mit Spannung die Antworten unserer politischen Vertreter auf die in der letzten Bürgerfragestunde gestellten noch offenen 9 Fragen zur Verkehrssituation in Kostheim!

V.i.S.d.P.: Volker Mustin, Münchhofstr. 42, 6502 Kostheim - Eigendruck -

20 Jahre AKK in

AKK-JOURNAL 6. Mai 2004

Die Häuser bleiben stehen

Immobilienfirma hat Gebäude in der Hauptstraße 119 bis 125 gekauft

KOSTHEIM. Die denkmalgeschützten alten Häuser in der Kostheimer Hauptstraße 119 bis 125 sind verkauft und werden saniert. Das teilte Stadtkämmerer Helmut Müller jetzt dem Kostheimer Ortsbeirat mit.

Der jahrelange Streit um die Zukunft des denkmalgeschützten Gebäudeensembles Hauptstraße 119 bis 125 ist beendet. Die alteingesessene Wiesbadener Immobilienfirma Arno Mosch hat die Gebäude von der Stadt bereits Ende März gekauft, teilte Stadtkämmerer Helmut Müller (CDU) jetzt dem Ortsbeirat mit. Die Gründerzeit-Gebäude bleiben erhalten und werden saniert. Auf eine entsprechende Vertragsklausel machte Ralf Weber, Leiter der städtischen Hauptabteilung Liegenschaften, aufmerksam.

Die unendliche Geschichte hat doch ein Ende: die Häuser in der Kostheimer Hauptstraße 119 bis 125 werden nun doch verkauft und saniert. Foto: MRZ

Der Verkauf der Häuser ist ein Erfolg für die verbliebenen Mieter um Mietersprecherin Rosemarie Amling. „Wir haben uns mit Haut und Haaren gegen den Abriss gewehrt", erklärte diese im MRZ-Gespräch. Der zukünftige Besitzer Arno Mosch mache einen sympathischen Eindruck. Er habe sich bei Amling bereits Ende vergangenen Jahres vorgestellt und bei einer Besichtigung sein Interesse an dem Gebäudeensemble bekundet. Anschließend habe das Liegenschaftsamt mit sieben bis acht verschiedenen weiteren potenziellen Interessenten Hausführungen unternommen. Ende März bekam Mosch dann den Zuschlag.

Unzufrieden ist Amling mit der städtischen Informationspolitik. „Offiziell wissen wir noch gar nichts." Ihr Sohn, der als Hausmeister fungiert, weiß nicht, ob er weiterarbeiten kann. Die vier Häuser, in die die Stadt seit Jahren keinen Cent investiert hat, befinden sich in einem kläglichen Zustand. Der Besitzer des türkischen Lebensmittelladens im Gebäude Hauptstraße 119 habe sich einfach aus dem Staub gemacht und lasse seinen Laden leer stehen, obwohl sich noch Lebensmittel im Verkaufsraum befänden.

„Die Stadt hat eine ganze Menge Geld in den Sand gesetzt", resümierte Amling. Die Besitzer des inzwischen komplett leer stehenden Gebäudes Hauptstraße 121 seien mit hohen Abfindungen aus ihren Wohnungen getrieben worden, obwohl bereits damals der eigentliche Grund für den städtischen Aufkauf und geplanten Abriss, die Verbreiterung der Hauptstraße, kein Thema mehr gewesen sei.

„Wir sind froh, dass die Wohnungen erhalten bleiben", erklärte CDU-Sprecher Hans Dötsch. Er machte darauf aufmerksam, dass sich die Christdemokraten stets für den Erhalt der Häuser eingesetzt hätten. Die SPD hatte für den Abriss gestimmt, die AUF hatte sich enthalten, obwohl sie zuvor für den Erhalt war. Sehr zum Ärger der Mieter. „Das ist ein linkes Ei, das uns AUF-Sprecherin Regina Koch damals ins Nest gelegt hat. Die Koalition mit der SPD war ihr wichtiger als der eigentliche AUF-Wille", kritisierte Mietersprecherin Amling.

Oliver Gehrig

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

20 Jahre AKK in Druck und Film

Das Dekan-Walter-Bangert-Altenheim

MRZ, **Blick über den Rhein** SAMSTAG/SONNTAG, 4./5. FEBRUAR 1989

Bohrer wegen übler Nachrede verurteilt

Gericht blieb weit unter Strafforderung des Staatsanwalts - Revision erwogen

ST. WIESBADEN. Zu 75 Tagessätzen à 80 Mark sowie Prozeßkosten und Veröffentlichung des Urteilstenors in vier Tageszeitungen wurde gestern Hartmut Bohrer verurteilt. Das Schöffengericht am Amtsgericht in Wiesbaden sah den Tatbestand der üblen Nachrede gemäß § 186 Strafgesetzbuch als erwiesen an.

Die Staatsanwaltschaft hatte 170 Tagessätze gefordert, die Verteidigung Freispruch. In einer ersten Stellungnahme bezeichneten Bohrer und seine Rechtsvertreter das Urteil als politisch und der Pressefreiheit abträglich. Sie erwägen eine Revision beim Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt und schließen auch nicht aus, das Bundesverfassungsgericht und den Europäischen Gerichtshof in Straßburg anzurufen.

In der einstündigen mündlichen Urteilsbegründung erklärte der Vorsitzende Richter, daß die Kammer die Fragen Hartmut Bohrers im „AUFSCHREI"-Flugblatt als Behauptungen gewertet habe. Die Kammer betonte außerdem, daß die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Pressefreiheit in diesem Fall nicht greifen könnten, da Bohrer mangelhaft recherchiert und den Schutz der persönlichen Ehre nicht ausreichend berücksichtigt habe.

In ihrem Plädoyer hatte die Verteidigung die besondere Wichtigkeit der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit betont. Doch die Kammer folgte dieser Auffassung nicht.

Beide Verteidiger von Hartmut Bohrer betonten, trotz hoher Kosten solle weiter gekämpft werden. Das ergangene Urteil sei ein politisches, mit dem versucht werde, kritische Bürger mundtot zu machen. „Warum haben die Nebenkläger nach der Veröffentlichung des „Aufschrei" nicht eine pressemäßige Gegendarstellung gefordert und die Sache damit bereinigt", fragte Hartmut Bohrer nach dem Urteil. Für ihn jedenfalls steht fest „weiterzumachen und kritisch Bürgerinteresse zu vertreten".

Die hohe finanzielle Belastung des Gymnasiallehrers soll gemindert werden - seine Freunde wollen einen Gerichtskosten-Hilfsfond gründen, an dem, nach Aussage der Verteidigung, ein Wiesbadener Magistratsmitglied und namhafte Kasteler aus dem öffentlichen Leben teilnehmen wollen.

Hartmut Bohrer betonte erneut, es sei ihm um das Wohl alter Menschen in AKK gegangen, und nicht um politische Profilierung. Das Gericht ließ diesen Punkt bei der Urteilsbegründung erstaunlicherweise offen. Obwohl die Kammer in der Urteilsbegründung den Anschuldigungen des Oberstaatsanwalts gefolgt war, wurde Bohrer beim Strafmaß zugute gehalten, daß er Mängel zugunsten der Altenheimbewohner habe abstellen wollen. Mit 75 Tagessätzen gilt Hartmut Bohrer nicht als vorbestraft. Die Grenze liegt bei 90 Tagessätzen.

Dreh- und Angelpunkt auch bei Revision oder Berufung wird bleiben, ob es sich bei Bohrers Äußerungen um Behauptungen, Tatsachenbehauptungen oder Fragen gehandelt hat, und wie diese im Sinne der Pressefreiheit gewertet werden. Daß der „AUFSCHREI" eine Presseveröffentlichung sei, wurde vom Gericht eindeutig bestätigt. Die Richter werteten allerdings die persönliche Ehre höher als die Pressefreiheit. Beide sind in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert. Bisher offensichtlich ohne höchstrichterliche Klärung.

Dreh- und Angelpunkt bei Revision oder Berufung wird bleiben, ob es sich bei Bohrers Äußerungen um Behauptungen, Tatsachenbehauptugnen oder Fragen gehandelt hat, und wie dies im Sinne der Pressefreiheit gewertet werden muß. Daß der „AUFSCHREI" eine Presseveröffentlichung sei, wurde vom Gericht eindeutig bestätigt. Die Richter werteten jedoch die persönliche Ehre höher als die Pressefreiheit. Beide sind in Artikel 5 des Grundgesetztes verankert - bisher allerdings ohne höchsrichterliche Klärung.

AZ, 13.3.90

Rhein-Main-Anzeiger

Mieterhöhung: Beschlossene Sache im Bangert-Heim ?

Herbe Kritik an Verantwortlichen / Nicht informiert

go — KASTEL/KOSTHEIM — Auf heftigen Protest ist die geplante Mieterhöhung in der Altenwohnanlage im Dekan-Walter-Bangert-Heim gestoßen, sollen doch künftig statt 9,31 Mark nunmehr 11,66 Mark pro Quadratmeter bezahlt werden, und dies wird schon seit einem Vierteljahr praktiziert. 36 Seniorinnen und Senioren unterstreichen per Unterschrift in einer Presseerklärung, daß sie „zu den finanziell schlechter gestellten Personengruppen gehören, die immer mehr den demütigenden Gang zum Sozialamt antreten müssen".

So wird kritisiert, daß „ausgerechnet ein Mitglied des Verwaltungsrates im Bangert-Heim, Sozialdezernent Hessenauer, die Kürzung des in den vergangenen Jahren gewährten Zuschusses verlangt". Die Verantwortlichen (Geschäftsführer und Heimleiter) hatten offensichtlich erst sehr spät, am 7. Oktober, die Weitergewährung des Zuschusses beantragt und die Kürzung des Zuschusses in ihrem Schreiben vom 7. November „fälschlich als von der Stadt bereits beschlossene Sache hingestellt". Erst durch Presseveröffentlichungen seien die Bewohner informiert worden, daß dies nicht zutreffe. Indirekt sei dies durch ein Schreiben vom 19. Dezember bestätigt worden, wonach man der Mieterhöhung „zunächst" entsprechen solle.

Inzwischen bezahlen die alten Leute im dritten Monat eine höhere Miete, obwohl sich die Ortsbeiräte von Kastel und Kostheim im Dezember klar dagegen ausgesprochen haben, unmittelbar nach Bekanntwerden der Erhöhungsabsicht. Dabei wurde deutlich, daß der Zuschuß im Haushaltsentwurf des Stadtkämmerers vorgesehen war und die Zustimmung aller Fraktionen in AKK fand.

Weiter heißt es in der Erklärung: „Nun haben wir erfahren, jedoch nicht von den Verantwortlichen, von denen wir unseres Erachtens nicht ausreichend informiert werden, daß der Wiesbadener Magistrat trotz ablehnender Beschlüsse der Ortsbeiräte der Kürzung des Zuschusses und damit der Mieterhöhung zugestimmt hat." Die Senioren appellieren an die Stadtverordnetenversammlung, dies nicht abzusegnen, denn „wir lassen nicht alles über uns ergehen".

Dekan-Bangert-Heim:

Was hat sich geänd

Die Anlage des Ortsbeiratsmitglieds Hartmut Bohrer (Fraktion ALF) in Ortsbeir. Kastel v. Mißständen im Dekan-Bangert-Heim. Nun am 7.1.89 wurde er freigesprochen. Zwei Monate lang gingen sich die Artikel in der örtlichen Presse.

Kleinert (CDU) war „d Langgerichts hoch ist, daß die Vorsitzen ... er führen.

Verfassung auf Bohrers Seite

Karlsruhe: Fragen zum Bangert-Heim vom Recht auf Meinungsfreiheit geschützt

KARLSRUHE/KASTEL. JOK/DPA. Auch Fragen sind Meinungen - und daher vom Grundrecht auf freie Meinungsäußerung geschützt. Mit dieser gestern veröffentlichten Entscheidung hat das Bundesverfassungsgericht ein Urteil des Amtsgerichts Wiesbaden gegen das Kasteler Ortsbeiratsmitglied Hartmut Bohrer (Arbeitskreis Umwelt und Frieden) aufgehoben. Der Gymnasiallehrer war im Februar 1989 wegen „übler Nachrede" gegen Verantwortliche des Dekan-Bangert-Heims zu 6000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

Härter noch als diese Strafe trafen den Kommunalpolitiker die Gerichtskosten, die sich durch die Vernehmung zahlreicher Zeugen und eine Revisionsverhandlung vor dem Oberlandesgericht auf über 30 000 Mark beliefen. Wäh

Prozeß war teuer

rend des Amtsgerichts-Prozesses hatte die Verteidigung daher den Vorwurf erhoben, Bohrer solle offenbar existentiell vernichtet werden. Diese Prozeßkosten kann das Ortsbeiratsmitglied nach der Entscheidung des 1. Senats des Verfassungsgerichts nun zurückfordern.

Bohrer hatte im Januar 1988 als Mitglied des Kasteler Ortsbeirats beantragt, eine 14 Punkte umfassende Anfrage zum Dekan-Walter-Bangert-Heim an den Magistrat der Stadt Wiesbaden zu richten. Dieses Alten- und Pflegeheim wird von einer GmbH betrieben, deren Anteile die Stadt mehrheitlich hält. Die Fragen wurden gleichzeitig in einem Flugblatt des Arbeitskreises Umwelt und Frieden (AUF) mit dem Titel „AUFSCHREI" veröffentlicht, für das der Gymnasiallehrer presserechtlich verantwortlich war.

Unter der Überschrift „Akute Mißstände im Alten- und Pflegeheim AKK" wurde unter anderem die Frage gestellt: „Kommt es regelmäßig vor, daß Pflegekräfte bis zu 18 Tage ohne Unterbrechung (ohne einen einzigen freien Tag) eingesetzt werden?"

Die Geschäftsführer des Heims,

Nach Mißständen gefragt

der Heimleiter und die Pflegedienstleiterin zeigten Bohrer an, der vom Amtsgericht Wiesbaden daraufhin aufgrund dieser und zahlreicher anderer Fragen wegen „übler Nachrede" verurteilt wurde. Er habe mit seinen Fragen Tatsachenbehauptungen aufgestellt, deren Wahrheitsbeweis er nicht habe erbringen können.

Das Urteil wurde nunmehr vom Bundesverfassungsgericht aufgehoben und ans Amtsgericht zurückverwiesen. Zwar schütze das Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht bewußt unwahre Tatsachenbehauptungen, um solche handele es sich jedoch im vorliegenden Falle nicht: „Fragen unterscheiden sich von Werturteilen in Tatsachenbehauptungen dadurch, daß sie keine Aussage machen, sondern eine Aussage herbeiführen wollen." Dabei stützten sich Fragen stets auf Tatsachen, was sie jedoch noch nicht zu Tatsachenbehauptungen mache.

Im Zweifel sei im Interesse eines wirksamen Grundrechtsschutzes „von einem weiten Fragebegriff auszugehen". Zwar könnten auch Fragen die persönliche Ehre eines anderen verletzen. Gegenüber dem Ehrenschutz trete die Meinungsfreiheit jedoch nur zurück, wenn der Fragende „für den ehrenrührigen Gehalt seiner Frage keinerlei Anhaltspunkte gehabt" habe. Das sei im vorliegenden Fall nicht beachtet worden. Die Fragen des Ortsbeiratsmitglieds seien auf Klärung eines die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Problems gerichtet und nicht aus der Luft gegriffen gewesen.

Bohrers Rechtsanwalt Volker

Freispruch erwartet

Glöser erklärte gestern gegenüber der MRZ, er gehe nun von einem Freispruch für seinen Mandanten aus. Ähnliche Gerichtskosten wie im ersten Verfahren könnten seinem Mandanten keinesfalls entstehen, da keine Zeugen mehr gehört würden. Der Staatsanwaltschaft bleibe auch die Möglichkeit, die Anklage zurückzuziehen.

Aktenzeichen: 1 BvR 221/90 - Beschluß vom 9. Oktober 1991

Kritische Fragen Hartmut Bohrers zum Bangert-Heim sind vom Grundrecht auf Meinungsfreiheit geschützt. Foto: MRZ

20 Jahre Arbeitskreis Umwelt und Frieden in AKK

Das Millionengrab „Gewerbegebiet Petersweg-Ost“

Öffentliche Fraktionssitzung der AUF Kastel

Gewerbegebiet Petersweg-Ost: Segen (für Wiesbaden) oder Fluch (für Kastel) ?

Thema: Die neuesten Gutachten zu Klima und Verkehr im Petersweg
Gast: Andreas Kowol, persönl. Referent von Umwelt-Dezernentin Hinninger

Montag, 18. Oktober, 20 Uhr
Ortsverwaltung Kastel/Kostheim
Sitzungssaal

AUF-Information 10/99. Presser. verantw.: Dr. Gottfried Schmidt, Roonstraße 6, 55252 Mainz-Kastel. Telefon (06134) 4921. Eigendruck

---

Informationen des
Arbeitskreis Umwelt und Frieden
AUF AKK für Kastel

August 1999

Am 26. August 1999 um 19 Uhr wird im Kasteler Bürgerhaus eine Bürger/innen-Versammlung zum Thema Gewerbegebiet Petersweg-Ost stattfinden.

Der Arbeitskreis Umwelt und Frieden AUF Mainz-Kastel sieht keinen Grund, von seiner prinzipiellen Ablehnung eines zusätzlichen Gewerbegebietes Petersweg Ost abzugehen. Obwohl diese mehrfach angefordert wurden, werden dem Kasteler Ortsbeirat weiterhin wesentliche Informationen vorenthalten; das, was über die Presse bekannt wurde, verstärkt nach Meinung des AUF die Vorbehalte gegen das geplante Gewerbegebiet.

Gewerbegebiet Petersweg-Ost: Für Kastel nur Belastungen

1. Eine intensive Bebauung des Bereichs Petersweg-Ost stellt für das Klima und damit für die Wohnverhältnisse im Ortskern von Kastel eine Katastrophe dar.

Dass das Gebiet Petersweg-Ost von jeglicher Bebauung freizuhalten sei, war eindeutige Aussage der Klimaanalyse vom Februar 1995. Die nun im Rahmen der Bebauung vorgesehene Frischluftschneise ist völlig unzureichend dimensioniert – insbesondere bei dem geringen Gefälle in diesem Bereich. Welch geringe Bedeutung dieses für die Kasteler Bevölkerung schwerwiegende Argument in Wiesbaden hat, geht daraus hervor, daß bis heute außer allgemeinen Erklärungen zu diesem Punkt dem Ortsbeirat keinerlei überprüfbare Daten (Untersuchungen, Modellrechnungen o.ä.) vorgelegt wurden.

2. Die Erschließung eines Gewerbegebietes Petersweg-Ost über die Boelckestraße bringt für Kastel den Verkehrskollaps.

Schon heute ist die Belastung der Boelckestraße und in ihrer Folge des Ortskerns von Kastel überaus groß. Ein vierspuriger Ausbau der Boelckestraße würde noch mehr Verkehr anziehen; noch verheerender sind Planungen für eine zweite Kreuzung etwa in Höhe des Ochsenbrunnenwegs: Durch die zahlreichen Linksabbieger in das und aus dem geplanten Gewerbegebiet würden die Staus auf der Boelckestraße nicht halbiert, sondern verdoppelt. Die Fraktion AUF verweist auf die zahlreichen Aussagen des Kasteler Ortsbeirates, das Gewerbegebiet Petersweg auf Höhe der Anna-Birle-Straße an die Autobahn anzubinden.

Besonders schwer wiegt, dass bis zum heutigen Tag dem Ortsbeirat keinerlei Pläne für eine Verkehrsführung im Zusammenhang mit dem geplanten Gewerbegebiet vorgelegt wurden. Im Gegenteil: Alle bekannt gewordenen Untersuchungen zum Ist-Zustand weisen darauf hin, dass ein vierspuriger Ausbau der Boelckestraße keine Lösung darstellt.

3. Ein Gewerbegebiet Petersweg-Ost stellt aufgrund der schon entstandenen und noch folgenden Kosten auch eine ökonomische Fehlentscheidung dar.

Um entsprechendes zusätzliches Gelände zu erwerben, hat die Stadt Wiesbaden schon jetzt gewaltige Summen

Donnerstag, 26. August 1999, 19 Uhr, Bürgerhaus Kastel
Bürgerversammlung:
Gewerbegebiet Petersweg-Ost
Unklarheiten gibt es noch mehr als genug!

Gewerbegebiet Petersweg-Ost: Für Kastel nur eine Belastung

Zitat: Broschüre der Landeshauptstadt

Gut, wenn eine Stadt offen für Neues ist. Noch besser, wenn sie auch in Zukunft Platz für Ihre Vorstellungen hat. Zum Beispiel in Wiesbadens zukünftigem Gewerbegebiet „Petersweg Ost“: 84 ha mit optimaler Verkehrsanbindung und mit allen Vorteilen eines Ballungsraumes. So gehört beispielsweise ein großer Teil der Fläche der Stadt. Das lässt im Sinne einer intelligenten Stadtplanung genügend Raum für kreative Leistungen und ein Höchstmaß an Flexibilität für Investoren durch variabel gestaltbare Flächen für Handwerk, produ-

Über ein Viertel des bebauten Kastel: das geplante neue Gewerbegebiet!